



NEWSLETTER

18.03.2023

Der Wochenüberblick vom Samstag für Schweinehalter

Sehr geehrte Landwirte,

bitte denken Sie daran, dass sich die Fristen für die Abgabe der Maßnahmenpläne bei Überschreitung der Kennzahl 2 geändert haben. Die Maßnahmenpläne für II/2022 müssen Ihrem zuständigen Veterinäramt bereits zum **01.04.** vorliegen (und nicht wie bisher zum 31.07.)! Wir bitten alle meldepflichtigen Betriebe die Therapiehäufigkeit für II/2022 in der HIT abzurufen und uns zeitnah zu informieren, falls die Kennzahl 2 überschritten sein sollte!

Da zukünftig nur sehr wenig Zeit zwischen der Bekanntgabe der Kennzahlen und Fälligkeit der Maßnahmenpläne liegt und die Meldepflicht auch auf Sauen und Saugferkel ausgeweitet wurde, bitten wir Sie unsere Praxis für die Einsicht Ihrer betrieblichen Kennzahlen in der HIT freizuschalten. Nur so können wir weiterhin eine fristgerechte Erstellung fälliger Maßnahmenpläne garantieren. Eine entsprechende Anleitung finden Sie im Anhang, außerdem haben wir erneut ein Infoblatt des LGL zu den geänderten Bestimmungen beigelegt.

Ihr Team der Tierärzte Wonsees

Die Agrarministerinnen und -minister von CDU und CSU schlagen Alarm. Sie werfen Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir eine Mitverantwortung für den Strukturbruch in der Schweinehaltung vor. Durch überzogene und nicht praktikable Anforderungen, viel zu gering bemessene Fördermaßnahmen und zeitliche Verzögerungen von dringend notwendigen politischen Entscheidungen drohe eine weitere Abwanderung der heimischen Tierhaltung, heißt es in einem Schreiben der Ministerinnen Michaela Kaniber und Silke Gorißen sowie der Ressortchefs Peter Hauk, Sven Schulze und Werner Schwarz an ihren Amtskollegen in Berlin. Darin fordern die Unionspolitiker zugleich den Grünen-Politiker zur Zusammenarbeit mit den Ländern auf. Ziel müsse es sein, „die Tierhaltung in Deutschland um-, aber nicht abzubauen“.

Die Länderagrarminister bekräftigen ihre Kritik an den „ungeeigneten“ Vorschlägen zur Tierhaltungskennzeichnung und beklagen ein fehlendes Gesamtkonzept zum Umbau der Tierhaltung. Sie verweisen auf fehlende Erleichterungen beim Immissions- und Naturschutz- und Baurecht zum Um- und Neubau von Tierwohlställen und monieren Pläne für ein unzureichendes Förderprogramm. Nicht nachvollziehbar sind für die Ressortchefs Äußerungen von Grünen-Politikern, die einen Abbau der Tierhaltung in Deutschland fordern. Im Ergebnis herrsche Perspektivlosigkeit und Resignation bei den Tierhaltern.

Die CDU/CSU-Agrarminister halten der Bundesregierung vor, sie lasse die bäuerlichen Betriebe beim Umbau der Tierhaltung weitgehend allein. Dies sei umso unverständlicher, als die Borchert-Kommission klar herausgearbeitet habe, dass höhere Kosten in Tierwohlställen über öffentliche Gelder ausgeglichen werden müssten. Das geplante Förderprogramm des Bundes mit einer Milliarde Euro über vier Jahre reiche für diesen Kostenausgleich in keiner Weise aus. Es sei an der Zeit, sich hinter die Tierhalter in Deutschland zu stellen und deren Leistungen für Ökologie, Kreislaufwirtschaft, Ernährungssicherheit, Energieversorgung, Kulturlandschaft und Gesellschaft zu würdigen.

Quelle: fleischwirtschaft.de

Bis Ende März wollte Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir einen Weg zur Finanzierung des Umbaus der Tierhaltung ausarbeiten lassen. Wieder einmal steht diese Frist auf der Kippe. Wie viel Zeit gibt die Borchert-Kommission Özdemir noch?

Im November hatte Özdemir verkündet, dass eine Arbeitsgruppe aus Agrarpolitikern von SPD, Grünen und FDP bis Ende März 2023 ein Finanzkonzept für den Umbau der Tierhaltung vorlegen wird. Seit Anfang des Jahres beschäftigt sich die Koalitionsarbeitsgruppe mit den noch offenen Fragen, von denen das Finanzierungsmodell wohl die größte ist. Nun deutet sich an, dass Özdemirs Arbeitsgruppe die Frist bis zum Monatsende nicht halten kann.

Die Borchert-Kommission hatte bereits im Sept. 2022 die Fortsetzung ihrer Arbeit ruhen lassen, um vom Bundeslandwirtschaftsminister eine solide Grundlage für eine weitere Tätigkeit einzufordern. Im Februar hatte der Kommissionsvorsitzende Jochen Borchert kaum noch Hoffnung, dass sich die Koalition auf ein Finanzierungsmodell einigt. Özdemirs Ankündigung, dass die Koalitionsarbeitsgruppe bis März Ergebnisse vorlegen werde, stand Borchert im Februar aber noch offen gegenüber.

Gesetzentwurf zum Tierwohl-Label hält die Arbeitsgruppe auf: Bisher habe sich die Arbeitsgruppe dem Vernehmen nach vor allem mit dem Gesetzentwurf zur Tierhaltungskennzeichnung beschäftigt. Am Tierwohl-Label sollen vor allem die Agrarpolitiker von SPD und FDP Korrekturen gefordert haben – bislang allerdings ohne Erfolg. Auch für die Anpassungen im Bau- und Genehmigungsrecht habe die Arbeitsgruppe noch keinen Plan vorgelegt.

Ausgeschlossen ist offenbar, dass es für den Umbau der Tierhaltung zusätzliche Mittel aus dem laufenden Haushalt geben wird. Momentan arbeitet Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) an einer Beschlussfassung des Bundeskabinetts über die Eckwerte zum Bundeshaushalt 2024. Am Mittwoch (15.03.) sollten die Eckwerte eigentlich vom Bundeskabinett beschlossen werden. Lindner hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) aber bereits darüber informiert, dass sich der Kabinettsbeschluss verzögern wird. Das liege aber nicht an der ungeklärten Frage über die langfristige Finanzierung des Umbaus der Tierhaltung in Deutschland.

Noch mehr Förderung für den Ökolandbau in 2024: Das Finanzierungsmodell habe im Gespräch zwischen Christian Lindner und Cem Özdemir über den Bundeshaushalt 2024 nach Informationen aus Koalitionskreisen kaum eine Rolle gespielt. Stattdessen habe Özdemir betont, den Schwerpunkt 2024 weiter auf den Ökolandbau legen zu wollen. Dazu sollen mehr Mittel für das Bundesprogramm Ökologischer Landbau (BÖL) zur Verfügung stehen.

Zuletzt hatten das Land NRW sowie der Anbauverband Bioland Druck auf Özdemir wegen der Umsetzung der Borchert-Empfehlungen ausgeübt. Im nordrhein-westfälischen Landtag hatten Landwirtschaftsministerin Silke Gorißen (CDU) und Koalitionspartner Norwich Rübe (Grüne) vergangene Woche in einer Aktuellen Stunde eine rasche Förderungszusage für den Umbau der Tierhaltung vom Bundesfinanzministerium gefordert.

Bioland macht für die Blockade ebenfalls vor allem den Bundesfinanzminister verantwortlich. Der Anbauverband will durch Abgaben auf Pflanzenschutzmittel, mineralischen Stickstoffdünger und Fleisch die ökologische Transformation der Landwirtschaft beschleunigen. Eine mengenbezogene Fleischabgabe soll laut Bioland die Folgekosten im Gesundheitsbereich, den Flächenverbrauch sowie die Treibhausgasemissionen senken.

Quelle: agrarheute.com

Agrarminister Cem Özdemir hat auf seiner Reise nach Brasilien und Kolumbien keinen Zweifel daran gelassen, dass er die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens der EU mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten unterstützt. „Wenn wir es nicht machen, machen es andere,“ sagte Özdemir im Interview mit dem ZDF. Er verwies auf China, das in den südamerikanischen Ländern bereits um enge Handelsbeziehungen buhle. Zugleich verteidigte Özdemir das geplante Mercosur-Freihandelsabkommen gegenüber der Kritik vom Bauernverband und von Umweltverbänden wie Greenpeace. Das Abkommen werde von zwei großen Kontinenten geschlossen und nicht von NGOs oder Verbänden, so Özdemir in dem Interview.

Özdemir hält die Befürchtungen, dass die Einfuhr von Fleisch den europäischen Markt verzerren könnte, für überzogen. Das zur Ressortforschung des Bundeslandwirtschaftsministeriums gehörende Thünen-Institut habe nur geringe Auswirkungen ermittelt, so Özdemir. Es werde keinen freien Export in die EU geben, sondern Obergrenzen dafür, sagte er. Als Einfuhrprodukte nannte er Mais, Soja und Fleisch. Die EU vertrete dabei gleichwohl auch eigene Interessen und dazu gehörten auch die Interessen der Bäuerinnen und Bauern, so Özdemir weiter.

Deutschland will seinen Handel breiter aufstellen: Bereits bei einer Rede auf dem German-Brazilian Economic Meeting zu Beginn der Woche hatte Özdemir seine Unterstützung für das Mercosur-Abkommen verdeutlicht. „Wir haben deshalb ein starkes Interesse am Mercosur-Abkommen – weil wir es als Chance sehen, unsere politische und wirtschaftliche Partnerschaft mit diesen Ländern zu festigen“, sagte er dort.

Die Erfahrung des letzten Jahres habe allen gezeigt, dass auch im Bereich des Agrarhandels Abhängigkeiten von einzelnen Ländern reduziert werden müssten, so Özdemir weiter. Deshalb wolle Deutschland einerseits regionale Wertschöpfungsketten stärken und sich andererseits beim Import und bei Absatzmärkten breiter aufstellen.

Im Vorfeld seiner Reise hatte Özdemir gesagt, das für ihn vor allem die Einhaltung von Nachhaltigkeitsstandards Bedingung für die Unterzeichnung des Mercosur-Abkommens seien. „Die Bundesregierung wird nur dann einem Mercosur-Abkommen zustimmen, wenn darin nachhaltige Entwicklung fest und verbindlich verankert ist“, hatte er gesagt. Die Bundesregierung lege vor allem Wert darauf, dass die Abholzung des Regenwalds gestoppt werde.

Quoten für Geflügel, Rindfleisch, Zucker und Ethanol: Zu den Mercosur-Staaten gehören Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay. 2019 wurde bei den Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur-Staatenbund zwar eine Grundsatzvereinbarung für einen Handelsvertrag erzielt. Bisher wurde das Freihandelsabkommen aber nie ratifiziert.

Laut dem Stand von 2019 sieht das Abkommen unter anderem eine Freihandelsquote für Geflügelfleisch von 180.000 t und ein zollfreies Lieferkontingent von 180.000 t Zucker jährlich für den südamerikanischen Staatenbund vor. Zudem soll der Import von 99.000 t Rindfleisch zu einem Zollsatz von 7,5 % erlaubt werden. Für Ethanol aus dem Mercosur-Block war ein Jahreszollkontingent von 650.000 t vorgesehen.

Quelle: topagrar.com, gekürzt

Die Klimabilanz der deutschen Landwirte fällt im Jahr 2022 gut aus. Die Treibhausgasemissionen gingen um gut 0,9 Mio. t CO₂-Äquivalente oder um 1,5 % auf 62 Mio. t CO₂-Äquivalente zurück. Wie in den Vorjahren sinken damit die Emissionen in der Landwirtschaft weiter. Nach der aktuellen Prognose des Umweltbundesamt (UBA) bleibt die Landwirtschaft damit deutlich unter der für 2022 im Bundes-Klimaschutzgesetz festgelegten Jahresemissionsmenge von 67,6 Mio.t CO₂-Äquivalenten. Der Rückgang ist laut UBA insbesondere auf einen weiteren Rückgang der Schweinezahlen und einen geringeren Einsatz von Mineraldünger zurückzuführen.

Die endgültigen Zahlen für 2022 veröffentlicht das UBA im Januar 2024: Im Jahr 2022 sind die Treibhausgasemissionen Deutschlands leicht um 1,9 % gesunken. Es wurden nach der UBA-Prognose rund 746 Mio. t Treibhausgase freigesetzt – das sind gut 15 Mio. t weniger als 2021. Damit sind die Emissionen seit 1990 in Deutschland damit um 40,4 % gesunken. Insgesamt sind die Zielwerte des Bundesklimaschutzgesetzes (KSG) zwar in Summe eingehalten, allerdings gibt es einen bedeutenden Anstieg beim Energiesektor. Dieser weist 10,7 Mio. t mehr auf als 2021 und liegt bei rund 256 Mio. t. Trotz den Einsparungen beim Erdgas ließ ein vermehrter Einsatz vor allem von Stein- und Braunkohle zur Stromerzeugung die Emissionen steigen. Der Energiesektor kann seine Jahresemissionsmengen für 2022 von 257 Mio.t daher knapp einhalten.

Verkehr und Gebäude verfehlen Vorgaben deutlich: Ganz anders ist dies beim Verkehr und Gebäude. Im Verkehr wurden im Jahr 2022 rund 148 Mio. t CO₂-Äquivalente ausgestoßen. Damit liegen die Treibhausgasemissionen dieses Sektors rund 1,1 Mio. t oder 0,7 % über dem Wert von 2021. Nach dem Bundesklimaschutzgesetz für 2022 sind aber nur 138,8 Mio.t CO₂ zulässig. Das Klimaziel ist damit um 9. Mio. t verfehlt. Der Verkehr ist laut UBA der einzige Sektor, der gleichzeitig sein Ziel verfehlt und einen Emissionsanstieg gegenüber dem Vorjahr verzeichnet. Bei Gebäuden sank die Emission im vergangenen Jahr dagegen um 6 Mio. t CO₂-Äquivalenten oder um 5,3 % auf rund 112 Mio. t CO₂-Äquivalenten. Trotz dieser Emissionsminderung überschreitet der Gebäudesektor, wie bereits im Vorjahr, die erlaubte Jahresemissionsmenge von 107,4 Mio.t.

46 Prozent des Stromes ist jetzt grün: Mehr Strom aus erneuerbaren Energien konnte den Anstieg der THG-Emissionen im Energiesektor dämpfen. So wurde im vergangenen Jahr 9 % mehr regenerativer Strom erzeugt. Er deckt nun bereits 46,2 % des deutschen Bruttostromverbrauchs. 2021 waren es noch 41,2 Prozent). Vor allem die Stromerzeugung aus Photovoltaikanlagen stieg im Jahr 2022 um 23% deutlich an. Hier machte sich der starke Zuwachs im Anlagenpark und die sonnige Witterung mit einem historischen Höchstwert der Globalstrahlung bemerkbar.

Quelle: wochenblatt-dlv.de, gekürzt

Marktbericht



Deutscher Außenhandel mit Fleisch deutlich rückläufig, 17.03.2023

Der deutsche Außenhandel mit Fleisch ist im vergangenen Jahr deutlich zurückgegangen. Im Vergleich zum Jahr 2021 sind die Exporte um 6,9 Prozent und die Importe um 4,5 Prozent geschrumpft, wie das Statistische Bundesamt am Freitag mitteilte. Es bestätigte auch frühere Angaben zur gesunkenen Inlandsproduktion, die mit 7,0 Millionen Tonnen gut 8 Prozent unter dem Wert aus dem Jahr 2021 gelegen hat.

Seit 2017 ist besonders die Menge des ausgeführten Schweinefleischs, das immer noch gut die Hälfte der Fleischexporte ausmacht, um mehr als ein Fünftel (20,4 Prozent) zurückgegangen. Auch deutsches Rindfleisch war mit einem Minus von 11,4 Prozent im Ausland weniger gefragt. Relativ konstant blieb hingegen die Menge des ausgeführten Geflügelfleischs. Die Importe gingen im selben Zeitraum um 15,9 Prozent zurück. Auch hier war deutlich weniger Schweinefleisch gefragt.

Als Grund für die rückläufigen Exporte nannte das Bundesamt schärfere Einfuhrbestimmungen etwa in China, das 2017 noch für ein knappes Zehntel der Fleischexporte stand. 2022 betrug der chinesische Anteil nur noch 0,1 Prozent.

Die rückläufige Produktion dürfte mit überdurchschnittlich gestiegenen Preisen (+14,5 Prozent im Jahr 2022) wie auch mit fleischlosen Ernährungstrends zu tun haben. Zum Pro-Kopf-Verbrauch lagen Zahlen der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung aus dem Jahr 2021 vor: Danach konsumierte jeder Mensch in Deutschland 55 Kilogramm pro Jahr. Das waren 12,4 Prozent weniger als im Jahr 2011.

Quelle: proplanta.de

Tönnies schließt Exporteinheit, 13.03.2023

Deutschlands größtes Schlachtunternehmen, die Tönnies-Gruppe, will Ende März die Exportabteilung am Standort Weißenfels in Sachsen-Anhalt schließen. Grund dafür seien die Ausfuhrsperrungen für Schweinefleisch nach Asien wegen der Afrikanischen Schweinepest (ASP). Die „Mitteldeutsche Zeitung“ berichtete am vergangenen Samstag zuerst über die Planungen. Von der Maßnahme sind 140 Mitarbeitende betroffen, die allerdings an andere Standorte des Konzerns wechseln können. Den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern will Tönnies einen Wechsel innerhalb des Unternehmens anbieten. Auch solle ihnen dabei geholfen werden, in der Region einen neuen Job zu finden. Tönnies beschäftigt an dem mitteldeutschen Standort insgesamt etwa 2.200 Menschen.

Die Produktionsstätte in Weißenfels im Burgenlandkreis gehört seit 1990 zur Unternehmensgruppe und ist der zweitgrößte Schlachthof im Tönnies-Konzern. Von dort wurden in der Vergangenheit neben Teilstücken auch Ohren, Schnauzen oder Schwänze vom Schwein nach Fernost geliefert – etwa nach China, Südkorea oder Japan.

Quelle: fleischwirtschaft.de; gekürzt

China erzeugt 2023 mit 55,5 Mio. t nur noch etwas mehr Schweinefleisch als im Vorjahr (55,4 Mio. t). Davon geht das US-Agrarministerium (USDA) in seiner neuen Einschätzung zum chinesischen Schweinefleischmarkt aus. Zum Vergleich: Noch im Jahre 2020 lag die Produktion ASP-bedingt bei nur 37 Mio. t. Den Verbrauch schätzt das USDA auf 57,55 Mio. t im laufenden Jahr und damit ebenfalls ein wenig höher als im Vorjahr. Das entspricht rund 41 kg je Kopf und Jahr bezogen auf das Schlachtgewicht (SG). Die Chinesen essen mittlerweile pro Kopf mehr Schweinefleisch als wir Deutschen mit rund 38 kg SG. Nach der Aufhebung der Covid-Beschränkungen wird wieder mit einer Erholung der Einkommenslage und damit verbunden der Fleischnachfrage gerechnet.

Importe leicht erholt: Ohne Berücksichtigung von Nebenprodukten erwartet man einen leicht steigenden chinesischen Schweinefleischimport auf 2,2 Mio. t SG zum Vorjahr, bleibt allerdings weit hinter dem Spitzenjahr 2020 mit 5,5 Mio. t zurück. Die chinesischen Schweinepreise waren in den letzten Monaten deutlich unter die Marke von umgerechnet 3 €/kg SG gefallen. Für den Rest des Jahres 2023 signalisieren die Terminkurse an der Dalian-Börse wieder deutlich höhere Notierungen. Aufgrund der hohen Futterkosten in China sind Preise oberhalb dieser Marke erst kostendeckend. Der chinesische Staat versucht mit Hilfe von gezielten Vorratskäufen und Steuerung des Sauenbestands den Markt zu stabilisieren. Im Gegensatz zu früheren Zeiten mit vielen Hinterhofhaltungen gelingt die Bestandsregulierung mit dem erheblich gestiegenen Anteil an Großbeständen (ca. 70 %) schon eher (siehe Übersicht).

Quelle: topagrar.com, gekürzt

Ferkel VEZG

25 kg Notierung / 200er Gruppe

Aktuelle Woche: 80,00 EUR

(20.03.23 – 26.03.23)

Vorwoche: 80,00 EUR

Mastschweine VEZG

Basispreis je kg SG

Aktuelle Woche: 2,28 EUR

(15.03.2023)

Vorwoche: 2,28 EUR

Dieser Newsletter wurde in Zusammenarbeit erstellt von:

Tierärzte Wonsees GmbH
Kulmbacher Str. 17
96197 Wonsees
www.tieraerzte-wonsees.de

Serviceteam Alsfeld
An der Hessenhalle 1
36304 Alsfeld
www.sta-alsfeld.de



[Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.](#)